

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 27. Oktober. Der Kaiser hatte gestern Vormittag, nachdem er einen Spazierritt unternommen, eine Unterredung mit dem Kriegsminister General Bronckhorst von Schellendorf. Mittags empfing der Kaiser den zum Vizepräsidenten ernannten Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika General Theodor Tilton in feierlicher Audienz und ließ sich darauf von ihm auch den Befehlshaber der 1. Division General von Tschirch, den Militäratachee Evans und Marineattaché Kapitänleutnant Breland vorstellen. Sodann erhielt der Kaiser auch noch dem Grafen A. von Bismarck eine Audienz.

Bei der für morgen Mittag angekündigten Ankunft des Herzogs Alfred von Sachsen-Coburg und Gotha wird militärischer Empfang stattfinden. Der Herzog wird im Neuen Palais wohnen; da er sich noch in Trauer befindet, ist von größeren Festlichkeiten abgesehen worden.

Berlin, 27. Oktober. Der Kaiser äußerte dem Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten General Tilton gegenüber, daß er mit besonderer Befriedigung Kenntnis genommen habe von dem großen Erfolge der deutschen Ausstellung in Chicago, sowie von der wohlwollenden Beirathung, welche die Ausstellungsgesellschaft in Amerika gefunden. Er hoffe hiervon werthvolle Resultate für Handel und Industrie auf künftige Jahre zu ziehen, die geschäftliche Krise in Amerika beenden wird.

Für den Fall des Scheiterns der Reichsfinanzreform ist bisher offiziell keine völlige Verwerfung des Haushalts der Einzelstaaten in Aussicht gestellt worden. Dagegen erklärte Finanzminister Koller im bayerischen Landtage gestern, das bayerische Budget werde in keinem Falle genehmigt werden.

Wie angeblich aus zuverlässiger Quelle verlautet, soll die Reform des Militärstrafprozesses vorläufig ruhen und es soll auch noch unbestimmt sein, wann der Gegenstand zur Berathung kommen wird. Alle bisherigen Kombinationen sollen unzutreffend sein.

Königsmantel in Würzburg, welcher bekanntlich vom Militärgericht über die Anklage förmlich freigesprochen wurde, hat den Abschied mit Pension bewilligt bekommen.

Zu der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde die Vorlage des Magistrats bezüglich Errichtung eines zweiten Berliner Rathhauses mit 55 gegen 49 Stimmen abgelehnt.

Die am Mittwoch geschlossene Finanzministerkonferenz hat, wie die „Nat.-Lib. Korr.“ erzählt, ein durchaus befriedigendes Ergebnis gehabt. Diefelbe schreibt:

„Vor allem ist über den Gesetzentwurf wegen einer neuen Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten in allen seinen Einzelheiten ein vollkommenes Einverständnis erzielt worden. Wie bekannt, kommt die geplante Einrichtung in der Wirkung darauf hinaus, daß das Reich, unter formaler Festhaltung des Instituts der Währungsbeiträge und der Währungsbeiträge, seine finanziellen Bedürfnisse aus seinen eigenen Einnahmen befriedigt und außerdem aus den Einnahmen der Einzelstaaten eine feste Dotation, als welche der Gesamtbetrag von 40 Millionen in Aussicht genommen ist, zuwenden. Die Regelung soll indes vorläufig nur auf einen Zeitraum von fünf Jahren eintreten. Als Mittel zur Durchführung dieser Neuordnung, welche im Interesse einer gesunden Gestaltung des Finanzwesens im Reich wie in den Einzelstaaten als schlechterdings unerlässlich betrachtet wird, sind 100 Millionen neuer Einnahmen im Reich eingebracht. Wenn neuerdings von verschiedenen Seiten auf die in der Militärkommission seitens des Reichstagsamtes gegebene Berechnung der Steigerung der bestehenden Reichseinnahmen in den nächsten fünf Jahren hingewiesen worden ist, so ist doch daran zu erinnern, daß diese Steigerung von vornherein als zur Deckung des natürlichen, auf Grund der gesetzlich gegebenen Bedingungen sich vollziehenden Anwachses der Reichsausgaben kaum ausreichend angesehen worden ist. Für die durch die Wirkung der Handelsverträge einerseits, die Steuererhöhung andererseits entstandene Lücke ist damit nichts gethan. Hier gilt es eben die Beschaffung neuer Einnahmen. Zu diesem Zwecke hat sich die Finanzministerkonferenz über den Entwurf einer Tabakfabriksteuer und über die ausgiebige Erhebung der Vorsteuer einig. Wir vermuten, daß dadurch noch eine Ergänzung auf dem Gebiete der Stempelsteuern in Aussicht genommen ist. Betreffs der Weinsteuern dauern, wie wir hören, die Erwägungen über die Frage, wie diese Steuer am zweckmäßigsten zu gestalten sei, noch fort. Die großen Schwierigkeiten einer solchen Gestaltung, die namentlich in der Schätzung des Wertes der Weine und in der Kontrolle liegen, werden von keiner Seite verkannt. Man hofft noch wesentlich beträchtlichere Abolitionen, als die in den verschiedenen Grundgesetzen angegebenen, finden zu können. In der That ist anzunehmen, daß auch die in der Sache am meisten beteiligten Regierungen sich der Ueberzeugung nicht verschließen werden, daß eine Reichssteuer auf die Dauer doch nicht zu vermeiden, daß sie unter für den Weinbau günstigeren Bedingungen als jetzt aber wohl schließlich niemals zu haben sein wird.“

Der gegenwärtig bereits eine Zusammenstellung aller derjenigen Gegenstände gegeben wird, welche dem Reichstage in seiner nächsten Tagung zugehen werden, so beruht ein solches Verzeichnis lediglich auf Kombination. Irrend welche entzerrten Verhältnisse in weiterer Umgebung sind nach dieser Richtung noch nicht gefast. Als sicher darf natürlich angesehen werden, daß dem Reichstage und zwar wahrscheinlich sofort nach seinem Zusammentritt, neben dem Reichshaushaltsplan für 1894/95 die neuen Steuerentwürfe zugehen werden. Auch ist es durch die Verhältnisse bedingt, daß dem Reichstage die mit Spanien, Serbien und Rumänien abgeschlossenen Handelsverträge vorgelegt werden. Der letztere ist erst vor wenigen Tagen unterzeichnet worden, der spanische vor einiger Zeit, der serbische jedoch bereits vor länger als Jahresfrist. Die provisorischen Handelsabkommen mit diesen Ländern laufen in nächster Zeit ab. Darüber hinaus jedoch dürfte gegenwärtig nur als gewiß anzusehen sein, daß von dem Reichstage bereits einmal abgegangene Entwürfe diesmal wieder der Entwurf über den Schutz von Waarenbezeichnungen und die Abgabe zum Unterföhrungswohlfahrtsgesetz zugefellt werden. Auf diesen beiden Gebieten liegen nicht nur Wünsche vor, welche einer baldi-

gen Abhilfe bedürfen, sondern es ist auch durch die früheren Reichstagsverhandlungen die Gewähr gegeben, daß sich eine Einigung der gegenseitigen Faktoren über die Wege, die zu dieser Abhilfe führen können, eine Verständigung leicht erzielen lassen wird. Dazu kommt die Viehseuchengesetz-novelle. Wenn unter neuen Entwürfen, die dem Reichstage zugehen sollen, namentlich solche hervor-gehoben werden, welche Veränderungen der Gewerbeordnung betreffen, so ist es natürlich angedacht, daß vom preussischen Handelsminister über die ver-öffentlichten Vorschläge erst angestellten Unter-suchungen mehr als hin, von der bevorstehenden Einbringung einer Vorlage über die Organisation des Handels zu sprechen. Auch die Novelle zum Titel III der Gewerbeordnung über den Gewerbe-betrieb im Umherziehen bedarf erst noch ein-gehender Erörterungen im Bundesrathe. Gegen-wärtig kann man es daher nur als ziemlich sicher bezeichnen, daß die kleine Novelle, welche die Ver-änderung des § 35 der Gewerbeordnung bezweckt, und den Handel im Drogen und chemischen Präpa-raten, sowie eine Veränderung der Bestimmungen über die Wiederzulassung zu den im § 35 genannten Ge-werben behandelt, dem Reichstage in der nächsten Tagung vorgelegt werden wird.

Ueber eine geplante neue Zollvorschrift wird der „Schiff. Ztg.“ geschrieben: „Nebenbei haben Importeure ausländischer Güter mehrfach versucht, die eingeführten Waaren falls sie auch nicht aus den von uns meistbe-rückichtigten Ländern stammten, dennoch zum ver-tragsmäßigen Zollsaße abzugeben zu lassen. Be-sonders häufig geschieht das, seitdem auf Waaren russischer und finnlandscher Herkunft ein um 50 Prozent höherer Zoll gelegt ist, als der autonome Zollsaß beträgt. Es ist daher in Er-wägung gekommen, ob es nicht gegenüber diesen Versuchen, die auch ab und zu gelingen sein können, angezeigt erscheine, von den Importeuren und Eingangs-Deklaranten stets eine schriftliche Erklärung über den Ursprung oder die Herkunft der Waare zu fordern. Diese Erklärung würde in die Eingangserklärung aufgenommen und als ver-bindlich anzusehen sein. Das preussische Finanz-ministerium soll die Frage der Annahme einer solchen obligatorischen Erklärung bereits zum Gegenstande der Erörterung mit den Zollbehörden gemacht haben, und gegenwärtig finden darüber Erhebungen statt. Nach dem Vereinszollgesetz ist der Einfuhrzoll bisher nur verpflichtet, die Waare beim Zollamt vorzuführen und unter Umständen nach Menge und Gattung zu deklarieren, aber nicht nach ihrer Herkunft. Die Strafbarkeit der falschen Angabe der Herkunft dürfte schon nach Lage der jetzigen Gesetzgebung feststehen. Jedoch wurde bisher das Verhältniß schriftlich nicht angegeben, sonst würde der § 135 des Vereins-zollgesetzes vom 1. Juli 1890 schon jetzt bei nach-gewiesener falscher Angabe die Verurtheilung des Deklaranten als Zolldefraudanten zur Folge haben müssen. Diese Bestimmung lautet: „Wer es unternimmt, dem Staate die Eingangs- u. f. w. Abgaben zu hinterziehen, wird... bestraft, und das trifft bei dem Versuch einer Verzeihung nach dem unzureichenden Vertragsmäßigen Satz zu. Nur wird bei einer mündlichen Angabe dieser Nachweis sehr erschwert. Wäre die schriftliche Deklaration des Herkunftsauftrags obligatorisch, so könnte in jedem nicht zureichenden Falle die Defraudationsstrafe eintreten.“

Zur Vermeidung vorzeitiger Absendung von Petitionen an den Reichstag wird mit Rück-sicht auf die gähezeit zur Zeit beim Reichstag eingegangenen und sofort wieder zurückgegebenen Petitionen bemerkt, daß Petitionen, welche vor Er-latz der kaiserlichen Verordnung über die Ein-bringung des Reichstages eingegeben, durch das Reichstagsbüro an den Einsender zurückge-gangen werden müssen. Welcher Gebrauch vor dem Petitionsrecht an den Reichstag gemacht wird, er-zieht die Zahl der während der zwölftägigen Tagung des Reichstages im letzten Sommer ein-gegangenen und geschäftsvermittlungsmäßig ein-zel beantworteten 5236 Petitionen.

Die Frage, ob die Disziplinarmittel der Ver-waltungskammern zu erweitern seien, steht wieder auf, nachdem man sie schon für vorläufig be-festigt erachtet hatte, als das Kultusministerium erklärte, es gebe nicht an die Amts- und Militär-ärzte in Standesangelegenheiten gleich den übrigen Ärzten den Verwaltungskammern zu unterstellen. Auf-genommen wird die Frage von neuem von dem Aus-schusse der preussischen Verwaltungskammern. Dieser hat auf die Tagesordnung seiner hier statt-findenden Sitzung u. A. die „Berathung über etwa in der Angelegenheit der Erweiterung der Disziplinarmittel vorzunehmende weitere Schritte“ gestellt.

Die für die Schiffe, Fahrzeuge und Torpedoboote der kaiserlichen Marine so überaus wichtige Frage des äußeren Anstriches ist jetzt, nachdem die Verwaltungen verschiedener höherer Seeschiffere und Marineoffiziere über die bei den letzten großen Flottenmanövern gemachten Erfah-rungen vorliegen, entschieden. Man ist zu dem Ergebnis gelangt, daß die in einem Seefahrt aktiv betriebenen Schiffe und Boote unter be-sonderer Berücksichtigung unserer nordischen Be-leuchtung des Himmels und des Meeres, sowie auch bei dem Infrarotstrahl der elektrischen Schein-werfer einen gelblich-braunen Anstrich zu führen haben. Dieser Farbenton hat sich als am wenigsten auffällig bei dem Anlegen einer Flotte gegen den Himmel erwiesen. Diese Farbe soll nicht nur dem äußeren Schiff gegeben werden, sondern vor allem auch den sämtlichen Theilen, die von außen her sichtbar sind, um dem feindlichen Ge-sichtsfeld in keiner Weise einen festen Punkt zu bieten. Hierunter sind in erster Linie auch die Deckaufbauten, Panzerthürme und vor allem die Geschütze selbst zu verstehen, soweit sie über die Bordwand hervorragen. Ob nach diesen ge-trassenen Beschlüssen auch der Seefahrtsschiff sein feine Rechnung finden wird, ist eine andere Frage; aber dieser spielt ja noch eine sehr un-tergeordnete Rolle. Auf ein gefälliges Aussehen, grüne Linien u. f. w., können die Kriegsschiffe, deren Leistungsfähigkeit auf der Höhe der Zeit steht, wenig Anspruch machen. Voraussichtlich wird dieser neu gefundene Farbenton bereits bei der Zusammenfassung der Geschwader im kommen-den Übungsgebiet einheitlich herrschen. Zur Zeit hat man schon dem Panzerschiff erster Klasse „Gotha“, das in den nächsten Tagen zu seinen Probefahrten auf der kaiserlichen Werft in Kiel in Dienst stellt, den gelblich-braunen Anstrich ge-gaben.

Frankfurt a. M., 26. Oktober. Die Organe der deutschen Rechtspartei sind voll Be-geisterung über die vermeintlichen Erfolge des vor-erigen Wochens hieselbst abgehaltenen Parteitag. Es ist nicht wenig und es wäre auch nicht mög-lich, alle die Uebereinstimmungen zu verzeichnen, die dabei in erquicklicher Weise zu Tage kommen. Nur eine Aeußerung des „Westfälischen Boten“, die beispielsweise wiedergegeben werden. Von der Rede, die der Redakteur der „Westfälischen Boten“ bei dem Parteitag gehalten hat, heißt es da, es wäre einem bei den Worten ge-wesen, als ziele der Geist der deutschen Geschichte mit gewaltigen Klängen in stolzer Pracht und Herrlichkeit, in nie geahnter oder doch um Mo-derne längst unverstandener Größe durch den Saal. Jene Rede, heißt es weiter, war eine That. Es war, als müßten bei den Redners Worten die alten Kaiserbilder im Römer verwin-nen, aufstehen, an ihre Schwerter schlagen und halb freudig, halb erschrocken einander zurufen: „Wie denn? Habt Acht! Deutschland ist ja doch noch nicht verloren.“ Und mit großer historischer Treue verichert der „Westfälische Boten“ im Anschluß daran noch, daß „die Gerechtigkeit“ bei der Eroberung der Stadt Frankfurt durch die Preußen im Jahre 1866 „selbst das berückichtigte Andenken eines Davon in Hamburg in den Schatten gestellt hätten“. Die guten Frankfurter, die jene Zeit noch erlebt haben, würden sich wohl verwundert die Augen reiben, wenn ihnen die Nummer des „Westfälischen Boten“, in der dies zu lesen steht, zu Gesicht käme.

Braunschweig, 24. Oktober. Der kürzlich an dieser Stelle besprochenen Abhandlung „Die dringende Frage, die Thronfolge in Braunschweig“ ist jetzt (im demselben Verlage von A. Umbach hier) eine zweite Schrift gefolgt mit dem Titel: „Material zur braunschweigischen Thronfolgefrage“. Der gleichfalls ungenannte Verfasser prägt im Allgemeinen den in der ersten Broschüre dargelegten Ansichten zu und sagt, nach neun-jähriger Ungezogenheit über die Zukunft des Landes werde es der Landesversammlung nicht als Unbe-scheidenheit angesehen werden können, wenn sie nunmehr den dringenden Wunsch einer endgültigen Regelung der Verhältnisse des Herzogthums fund-gebe. Es wird sodann die verfassungsmäßig be-stehende Thronfolge im Herzogthum Braunschweig dargelegt und der Versuch gemacht, in der weite-ren verfassungsmäßigen Ausgestaltung einen Weg zu finden, der zu einer Lösung führe. Die braun-schweigische Landesversammlung sei im Einver-nehmen mit der gegenwärtigen Landesregierung beauftragt, von dem zukünftigen Landesherren vor allem die Anerkennung des deutschen Reiches mit allen seinen Einrichtungen, die Anerkennung des durch die Reichsverfassung verbrieften Besitzthums aller einzelnen deutschen Staaten als zu Recht bestehend zu verlangen. Wenn ein sonst zur Thronfolge in einem deutschen Staate Berechtigter diese Ver-pflichtung nicht eingehen wolle oder könne, so schließe er sich damit selbst von der Thronfolge aus. Der Verfasser legt weiter dar, wie dieses thronfolgerisch schon vorhandene Recht in der braun-schweigischen Verfassung Ausdruck finden könne, und führt aus, daß auch durch das Regenschäfts-gesetz vom 16. Februar 1879 die Entscheidung darüber, ob der berechtigte Thronfolger jemals die Regierung antreten werde, nicht in ganz ungewisse Fernen gerückt werden könne. Die Landesver-sammlung sei im Einvernehmen mit der Regierung auch formell berechtigt, die notwendigen Ver-ordnungsänderungen vorzunehmen. Der zweite Theil der Abhandlung verbreitet sich über die Anwendung des Thronfolgerechts auf die gegen-wärtige Lage. Der Herzog von Cumberland und dessen Nachkommenschaft werden, falls die vom Verfasser erörterten Grundzüge Rechtsthat erbielten und 1. der Herzog nicht in der Lage sei, bis zum 18. Oktober 1894 die Regierung thron-folgerisch anzutreten, oder 2. wenn er nicht bis da-zu zu Gunsten eines seiner Söhne in einer solchen Form verzichte, daß die für diesen anzunehmende vornehmlichste Regierung auch thronfolgerisch in der Lage sei, die Regierung zu übernehmen, en-gültig von der Thronfolge in Braunschweig aus-geschlossen sein. Es wird die Frage erörtert, ob Gründe vorhanden seien, mit der Regelung der Thronfolgefrage zu warten, bis der älteste Sohn des Herzogs von Cumberland großjährig ist (28. Oktober 1893), da dieser vielleicht mit Billigung seines Vaters die erforderlichen Erklärungen ab-geben werde. Sollten die Verhältnisse aber so liegen, so müßte der Herzog auch jetzt in bestimm-ter Form seine Absicht zu einem solchen Schritte zu erkennen geben, da es einerseits nicht zu er-warten sei, daß der Erbprinz mit 18 Jahren poli-tische Schritte gegen den Willen seines Vaters unternehmen werde, andererseits aber das ungewisse Abwarten der Großjährigkeit des Erbprinzen so-berichtig zu Konferenzen führe, welche die endgültige Lösung der Thronfolge in Braunschweig in un-absehbarer Ferne rücke. In den folgenden, nach unserer Ansicht ziemlich unrichtbaren Abschnitten der Schrift werden die etwaigen Thronfolgerechte der nach Ausschluß des Herzogs von Cumber-land in Frage kommenden Persönlichkeiten behandelt, des Herzogs von Cambridge oder falls die Thron-folge, wie es nach braunschweigischen Landes-grundgesetze bei Erlöschen des Mannesstammes zulässig sei, auf die weibliche Linie übergeht, des Königs Wilhelm II. von Württemberg, der Prin-zeßin Friederike von Hannover, der Königin Viktoria von England und deren Nachkommen. In einer Schlussbetrachtung führt der Verfasser aus, es habe bis auf unsere Tage keine wichtigere Frage für das Herzogthum Braunschweig gegeben als die jetzt ihrer Lösung harrende Thronfolge-frage; davon müßte jeder Braunschweiger über-zeugt sein. Bei den bevorstehenden Wahlen zur Landesversammlung biete sich Gelegenheit, den Ausdruck zu geben. Dies ist jedoch bei unserm veralteten Wahlgesetz, das eine fast vollständige Theilnahmlosigkeit der Bevölkerung an den Wahlen zur Folge hat, eine sehr schwierige Sache. Als ein weiterer Beitrag dazu, die „braunschwei-gische Frage“ vor weiterer Vermischung zu be-wahren, ist die Schrift dankbar aufzunehmen, doch ist es leider sehr fraglich, ob der nächste Landtag sich schon zu einem Schritte in der Frage aufraffen wird. Daß eine baldige Ab-klärung des jetzigen Provisoriums wünschens-worth, wurde schon so oft und unbestritten dar-gelegt, daß es überflüssig ist, hierauf noch einmal zurückzukommen.

Stuttgart, 26. Oktober. Die Thronfolge in Württemberg bereitet dem „Evangelischen Bunde“ bereits Kopfzerbrechen. König Wilhelm ist bekanntlich bis jetzt ohne männliche Erben, so daß die Thronfolge voraussichtlich einer katholischen Linie des Hauses zufällt. Derselbe Fall trat im vorigen Jahrhundert ein, und damals wurden unter der Garantie Preußens und anderer protestantischer Höfe besondere Schutzwehren für den evangelischen Glauben im württembergischen Lande aufgerichtet, die sogenannten Religionsreversalien, die dann in der Verfassung des Jahres 1819 in die Bestimmung umgewandelt wurden, daß die landesherrlichen Rechte des Königs, wenn dieser nicht der evangelischen Kirche angehöre, auf den Geheimen Rath übergehen. Nun hat aber seit-dem der Geheime Rath eine ganz andere Stel-lung und Einrichtung erhalten, auch steht nichts im Wege, daß, was damals noch unbenutzbar war, auch katholische Mitglieder ihm angehören, viel-leicht die Mehrheit darin bilden. Der Evan-gelische Bund beabsichtigt nun, an den Landtag eine Petition um entsprechende Revision des § 76 der Verfassung (Religionsreversalien) zu richten. Die Delegirtenversammlung des Evan-gelischen Bundes wird am 2. November in Stutt-gart tagen und in dieser Angelegenheit, deren Re-ferat dem Präsidenten von Schab (Ulm) über-tragen ist, Beschluß fassen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. Oktober. Der in der geheimen Sitzung des Ausschusses zur Berathung der Prager Ausnahmeverordnungen zur Berlegung gelangte Theil des Regierungsmaterials bezog sich auf die Preise und auf Veranlassungen.

Prag, 26. Oktober. Trotz des Ausnahme-zustandes gewonnen die Junggehehen bei der gestrigen Gemeinderathung fünf neue Siege. Siegen die Junggehehen auch bei den vier Stichwahlen, dann haben sie die Mehrheit im Stadtrath. Die Deutschen befehligen sich entsprechend dem Partei-beschlüssen nicht an den Wahlen.

Frankreich.

Paris, 26. Oktober. (Eigener Bericht.) Sie sind abgereist die russischen Freunde und Brüder inmitten des letzten Ausbruchs frenetischer Begeisterung, begleitet von entzückenden nicht endenden Wulst und Schreien, deren Echo sich bis in den Morgen hinein fortpflanzte, und be-riedigt konnte Paris heute früh sich zur Ruhe legen. Diese glänzende, durch nichts getrübbte Fest-woche hat in einer Apotheose ausgeklungen, wie sie stimmungsvoller, glänzender, herausragender, selbst dieses Paris kaum je gesehen hatte. Gegen Abend bereits umdrängten solche Massen den Dörmplatz und die auf ihn ausmündenden großen Boulevards, daß Kavallerie und Polizei sammt Zugänge zum Dörmplatz absperrten und diese selbst räumen mußten, nur drei Zugänge für die Geladenen dieses letzten, prächtigen Abschiedsfestes freiließend. Um 7 1/2 Uhr bereits war die große Freitreppe des Opernhauses zum Erbrechen ge-füllt, von schimmernden Uniformen und entzück-ten Toiletten. Geduldig erwartete man bis acht Uhr die Eröffnung der Thüren, dann aber drängte ungeheuer diese glänzende Menge, als dessen, was Paris in diesem Augenblicke an hervorragenden Persönlichkeiten, den Politikern, des Heeres, der Literatur, der Kunst und Wissenschaften aufzu-weisen hatte, in die prächtige Halle der großen Oper, die heute zu einem wahren Tempel aus-gefallen war. Selbst die alte legitimistische Aristokratie hatte für diesen Abend ihr Schmollen aufgegeben und neben der Loge des Präsidenten Carnot sah man die Herzöge de la Rochefoucauld, Jabouch, de Moray, de Mouray, den Prinzen von Sagan und was sonst das Frankreich Louis XV. und Napoleons I. an großen Namen noch heute heute aufzuweisen hat.

An den Logengängen überreichen Mitglieder des Presbiteriums jeder Dame ein elegant aus-gezeichnetes Programm nebst einem prächtigen Fächer in Handarbeit, Frankreich die Einfahrt des rus-sischen Gesandten in den Tuilerien. Die russischen Gesandten, die in der Tuilerien haben be-gleitet, darstellend. In jeder Loge erwartete eine reizende Bonbonniere gefüllt mit dem köstlichsten Konfekt die Damen. Im Treppenhause bilden die Gardien in großer Uniform Spalier. Der Saal selbst bietet einen feenhaften Anblick. Was die Ver-herrlicherin der Wöbe an berückenden Toiletten zu schaffen gewußt, hatte sie heute an diesem ihrem höchsten Festtag in diesem entzückenden Kranz schöner Frauen vereint, auf dem wie Millionen Thronopfen ein blühendes, in tausend Farben die mannten Strahlen der Gasblumen zurückwerfendes Brillantenflimmern lag. In den Logen die hohen Vertreter der verschiedenen Staatskörper in streng-ster Etikette gesessen, im Parterre die Subenten und Adulanten, an der Seite die St. Cyranten und Schüler des Polytechnikums. Wenige Minu-ten vor 9 Uhr trafen Admiral Avelane und seine Offiziere aus dem Cercle de l'Union artistique ein, wo sie dinirt hatten, empfangen von betäuben den Ovationen der unabsehbaren Volksmenge. Als sie den Festsaal betreten, erhebt sich Alles und mi-nutenlang braust ein einziger Beifallssturm durch den mächtigen Saal. Um 9 Uhr erscheint Carnot mit Gemahlin zwischen Baron und Baronin Meynheim in der Präsidentenloge Platz nehmend, gleichfalls jubelnd begrüßt. Gegenüber in der Festloge, inmitten des Amphitheatres Ad-miral Avelane zwischen dem Marineattaché und dem Kontradmiral Gervais, beide das große Band des St. Stanislausordens tragend. Gleichzeitig setzt das Orchester ein: die Ouverture des Königs von Lahore, dann der vierte Akt aus Hamlet, ge-zaugt von der Subra, gesungen von Mme. Melba, dann die Teraszscene aus Salomö, in welcher Mme. Rose Caron einen neuen Sieg feiert, das folgende Quatuor des 5. Aktes gestaltet sich zu einer improvisierten Ovation für den eben ver-schiedenen Komponisten Gounod. Während des großen Zwischenaktes (er dauerte nicht weniger als 40 Minuten), macht Admiral Avelane und seine Suite den Damen des Balles seine Aufwartung, die in zahlreichen Ecken der Logen und Spi-riten, zu einem improvisierten Beifallssturm los. Admiral Avelane erhebt sich, nach rechts und links Auf-führung machend. Unter unbefriedigender Beglei-tung intontirt das Orchester die russische Hymne, die Alles stehend misst, selbst die Musiker des Orchesters haben sich inständig erhoben. Auf der Bühne steigt aus einer Verstellung ein mächtiger schwarzer Adler empor, unter den ausgebreiteten Flügeln russische und französische Soldaten tragend, während darüber Frankreich und Rußland

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Jul. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

die Hand eng verschlungen erscheinen. Admira Avelane mit Thränen in den Augen ruft mit Stentorsstimme: „Honneur pour la France!“ Eine neue Ovation für den Admiral und für Carnot und unter den abwechselnden Klängen der Marfchälle und der Russenymne schließt die Vorstellung.

Die russischen Gäste begaben sich schnell zum Militärkasino, um gleich darauf im Reifeffekt zum Hofe zum Hofe zum Hofe, fortwährend von be-gleiteten Manifestationen begleitet, zu geben, wo 2 Extrazüge sie aufnehmen und nach Lyon überführen. Eine letzte Abschiedsscene, zahllose Hände drücken und Umarmungen, ein letztes Lächeln und von brausenben Durcharufen begleitet, trägt die Lokomotive die russischen Gäste davon.

Paris, 26. Oktober. Inmitten des sum-losen Rußens und Begeisterungs hat sich in Paris übrigens eine höchst bemerkenswerthe That zugetragen. Die in Nancy erscheinende „Espe-rance“ schreibt: „Bekanntlich hat sich eine Ab-ordnung der Rettungsgesellschaft des Departements Meurthe und Mosel nach Paris begeben, um in Gemeinschaft mit den Abordnungen ähnlicher Ge-sellschaften aus anderen Departements die Offiziere des russischen Geschwaders zu begrüßen. Die Abordnung hat bei dieser Gelegenheit in Clamart die Gaisfreundschaft des Herrn Lesepre ge-nossen. Der Vorsteher derselben, Herr Gerard, hat einem Bericht des Blattes „Leve Ganche“ zufolge den Vorschlag gemacht, in Erinnerung an die von den Deutschen dem kleinen französischen Korporal von Saint-Vil erwiesenen Ehren-bezügen den um Clamart bestatteten deutschen Soldaten die nämlichen Ehren zu erweisen. In der That hat diese wahrhaft feierliche Aus-gebung stattgefunden, und wir beglückwünschen aufrichtig alle Theilnehmer an dieser Feier. Der Tod heißt alle diejenigen, welche er weg-rafft! Vor ihm verschwinden selbst die Rassein-dschaften, um dem rein menschlichen Mitgefühl Platz zu machen.“

Es giebt also doch noch ruhig und ver-nünftig denkende Franzosen, denen der Rußens-tulus das Anstands- und Gerechtigkeitsgefühl auch Fremden und Feinden gegenüber nicht ge-nommen hat. Das freut uns im Interesse der Franzosen.

Paris, 26. Oktober. Der Präsident Carnot ist, begleitet von den Ministern Kieunier, Dupuy und Delle, sowie vom französischen Botschafter an russischen Hofe, Montebello, und von der mi-litärischen Umgebung, um 4 Uhr 25 Min. nach Toulon abgereist.

Die Nachricht eines Abendblattes, daß der Ministerpräsident Dupuy zurücktreten werde, wird von der „Agence Havas“ für vollkommen un-begründet erklärt.

Marseille, 26. Oktober. Die Municipalität gab den russischen Offizieren ein Frühstück von 300 Gedecken, bei welchem der Finanzminister Pechral im Namen der Regierung auf das Wohl des Kaisers von Rußland und der kaiserlichen Familie trank, während der Maire im Namen der Bevölkerung den Gefühlen Ausdruck gab, welche in den Herzen aller Franzosen fortleben. Der Besuch der russischen Offiziere werde eine neue Ernüchterung für die Marfische Kaufmann-schaft und Industrie sein, die innige friedliche Freundschaft Frankreichs und Rußlands eine un-unterbrochene Aera der Arbeit und des Friedens herbeiführen. Avelane toastete auf den Präsidenten Carnot. Nach Beendigung des Banketts wurde ein Spaziergang durch die Stadt unternommen. Die Volksmenge rief: „Es lebe Frankreich; es lebe Rußland!“ Es ist Regenwetter eingetreten.

Marseille, 26. Oktober. Nach dem Blumen-fest, der des Regens sehr lebhaft verlief, be-gaben sich die russischen Offiziere zum Lunch in das Vorfängerbäude. Der Präsident der Handels-kammer gab in einem Kränzspruch der Hoffnung Ausdruck, daß der neue Handelsvertrag und die Freundschaft Frankreichs und Rußlands die alten Handelsbeziehungen mit Marseille erweitern würden.

Spanien und Portugal.

Madrid, 23. Oktober. Der „Liberal“ bringt aus der Feder Eusebio Blasos Schilder-ungen der Pariser Festtage, aus denen ich fol-gende Stellen herbeiziehe, da sie Stimmungen wiedergeben, die in der französischen Presse viel-leicht nicht zum Ausdruck gelangen werden. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß der genannte Schriftsteller der Meinung nach vollständig Franzose ist. „Paris erinnert an den 18. Juni“, so heißt es in einem seiner Berichte, „an jene Som-mermonate der Ausstellung von 1889.“ Von allen Seiten strömen die Leute herbei. Aus Be-geisterung? Aus Patriotismus? Raum. Die Auswärtigen kommen, weil — es Feste in Paris zu feiern giebt und weil Jedermann später sagen will, daß er die russischen Offiziere gesehen und an den ihnen zu Ehren gegebenen Festen theil-genommen hat. . . . Das Telegramm des Jaren an Herrn Carnot machte gestern in Paris, ich muß es offen sagen, dem Publikum ist man stets die Wahrheit schuldig, keinen guten Ein-bruch. Diese Sprache erscheint — und sie ist es auch — korrekt aber zu trocken, zu nüchtern; sie-benbüßig, aber kalt. Vielleicht liegt der Unter-schied in den heiderseitigen Temperamenten, denn die Masse ist nicht dieselbe. Das Publikum denkt indes darüber nicht weiter nach, ihm erscheint eine Sache entweder gut oder schlecht. Das soll man keineswegs heißen, daß die Begeisterung gestern geringer gewesen wäre. Wohin die russischen Offiziere gingen, fanden sie Tausende von Spazier-gängern, die sie mit betäubenden Rufsen: „Es lebe Rußland!“ begrüßten. Es scheint, als ob der Admiral lieber hätte: „Es lebe der Zar!“ hätte rufen hören; doch es ist nicht möglich, der Be-geisterung Vorzügen zu machen. . . . Der Admiral beantwortete die Rede des Generals Sautier seiner Gewohnheit gemäß mit wenigen Worten, denn er hat den Nachtheil, sehr schlecht fran-zösisch zu sprechen. Alle seine Offiziere sprechen es richtig, er nicht. . . . Die Gefelken acceptirt er, wenn sie aber ankommen, nimmt er sie nicht an. Es scheint, daß man ihn, um ihm etwas zu schenken, vorher schriftlich um Erlaubnis bitten muß. Natürlich antwortet er stets, daß es ihm ein Vergnügen sein würde, den betreffenden Gegenstand entgegenzunehmen, indes auch diese Form ist dem Pariser zuwider, der, wenn die Gelegenheit kommt, offen und einfach ist und diese Formeln, die von weit her aufgestellt sind, nicht versteht. . . .“

